

Rede von Martin Kaiser, Vizepräsident vpod region basel
zum Neujahrsapéro vom 14. Januar 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Gäste, Freundinnen und Freunde des vpod region basel

Ich begrüsse Sie herzlich zum Neujahrsapéro 2010, und dies zu allererst im Namen des ganzen vpod region basel, dann aber auch im Namen unseres Präsidenten Urs Müller, der sich im Moment auf einer wohlverdienten Urlaubsreise durch Russland befindet. Dies nota bene mit einem Billet Moskau-retour – wir werden ihn also in ein paar Wochen wieder unter uns haben.

Wir vom vpod können Ihnen heute zwar weder eine Balletaufführung noch vier hochkarätige Redner bieten. Ich werde mich aber bemühen, Ihnen an Stelle einer Regierungsschelte und an Stelle von Unverbindlichkeiten über die Banken- und Wirtschaftswelt ein paar wesentliche Fakten und Leistungen des vpod region basel zu vermitteln und kann Ihnen darüber hinaus versichern, dass das Buffet unserer Sekretariatsmitarbeiterin Edith Jäckle einen Vergleich mit den besten Angeboten in dieser Stadt nicht zu scheuen braucht.

Es ist Brauch, am Neujahrsapéro nicht nur Ausblick ins neue Jahr zu halten, sondern ganz kurz auch das alte Jahr Revue passieren zu lassen.

2009 war für den vpod region basel ein gutes Gewerkschaftsjahr!

Ein erster Erfolg stellte sich gleich zu Jahresbeginn ein. Der Grosse Rat Basel verabschiedete ein **IWB-Gesetz**, das dank politischem Druck eines Bündnisses von SP, vpod und Umweltkreisen das Personal der neu ausgegliederten IWB weiterhin dem Baselstädtischen Personal- Lohn und Pensionskassengesetz unterstellte, die ökologische Ausrichtung der IWB-Energiepolitik bestätigte sowie dem Grossen Rat weiterhin wesentlichen Mitspracherechte garantierte.

Ebenfalls anfangs Jahr bestätigten die **Mitarbeitenden der kantonalen Spitäler und Kliniken im Kanton Baselland** in einer breit angelegten Personalumfrage auf eindrückliche Weise die Ferienforderungen unseres Verbandes. Sie setzten damit den Regierungsrat unter Druck, in der Frage zusätzlicher Ferien vorwärts zu machen.

Eine weitere Bestätigung der vpod Haltung, diesmal in der Bildungspolitik, brachte im Frühjahr der grandiose **Schiffbruch des Bildungsraums Nordwestschweiz**. Bedauerlich für uns war hier, dass unsere begründeten Bedenken und

Einwände gegen das überladene Projekt innerhalb der Linken nicht oder zu spät gehört wurde und damit zu unnötigen Missverständnissen und einer Blamage der SP in beiden Kantonen führten.

Der wohl schönste Erfolg war dem vpod aber im April beschieden: Der **Vergleichsvorschlag des Verwaltungsgerichtes Baselland in Sachen Lohnklage der Pflegeberufe** bestätigte die Forderung der betroffenen Klägerinnen und Führung des vpod: Künftig sollen die Pflegefachfrauen eine Lohnklasse mehr erhalten! Ernüchterung stellte sich allerdings ein, als es um die Berechnung der Rückwirkungsklausel ging. Hier zeigte sich der Regierungsrat dann plötzlich knausrig und kleinlich. Damit endet die Lohnklage nach 8 Jahren Rechtstreit nun mit einem 9. Jahr des Feilschens – Schade!

Doch nicht nur Liestal, sondern auch Basel-Stadt zeigte sich kleinlich, als es darum ging, einen klaren **Entscheid des Appellationsgerichts für die Schichtzulagen auf dem Ferienlohn** zu vollziehen. Anstatt mit der Arbeitnehmerseite konstruktiv über Höhe und Rückwirkung dieser Forderung zu verhandeln, beharrt sie auf einem definitiven Entscheid des Gerichts, um dann eventuell ans Bundesgericht weiterziehen zu können! Aus Sicht des vpod ist sie damit schlecht beraten, ist ihre Niederlage in der Sache doch klar absehbar – die Rechnung für diese Halsstarrigkeit haben dann der Kanton und mit ihm die Steuerzahlenden zu bezahlen!

Kampfstimmung herrschte 2009 auch beim Fahrdienstpersonal der BVB.

Unter Führung des vpod wehrten sich die Kolleginnen und Kollegen gegen eine **Abschaffung ihrer Lenkzeitentschädigung**, einer 5%igen Zeitzulage während ihres Tagdienstes im hektischen Stadtverkehr. Im Juli sah es noch nach Streik aus, doch dann lenkten die Parteien im letzten Moment ein und beschlossen, an den Verhandlungstisch zu sitzen. Bereits Mitte Dezember lag dann ein für die Arbeitnehmerseite akzeptables Resultat vor: Es beinhaltet eine vollständige Kompensation der Lenkzeitentschädigung durch neue, zeitgemässe Arbeitszeitverkürzungen. Auch hier zeigte sich, dass Entschlossenheit, Kampfbereitschaft und Verhandlungskompetenz zum Ziel führen – wir gratulieren den Kollegen und Kolleginnen bei den BVB!

Bereits im alten Jahr warfen einige Ereignisse ihre ersten Schatten, die bis ins neue Jahr reichen, und damit komme ich zum Ausblick ins neue Jahr 2010:

Bereits zum Jahresende wurden von bürgerlicher Seite in beiden Kantonen wieder **Sparpakete** geschnürt, getreu dem ewig gleichen, konfusen Motto: „Die Wirtschaft stockt und die Steuern gehen zurück, also lasst uns am Staat sparen und die Steuern senken!“ Dabei weiss jedes Kind: Die Rechnungsdefizite rühren nicht vom teuren öffentlichen Dienst, sondern von den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise und den Steuersenkungen der letzten Jahre.

Wir halten fest: Im öffentlichen Dienst ist keine Luft mehr drin! Laut Bericht der Finanzkommission BS haben sich in Basel-Stadt beispielsweise Überstunden

im Wert von 90 Mio. Franken (!) angehäuft. Sie entsprechen schätzungsweise 300 bis 500 (fehlenden!) Stellen. Daneben arbeiten immer mehr Kantonsangestellte Pikett, sind dabei stets auf dem Sprung und kriegen keine Distanz zur Arbeitshektik. Immer mehr Mitarbeitende bezahlen diesen Dauerstress mit ihrer Gesundheit.

Wir sagen daher klar und deutlich: Jetzt reicht's! Wer im öffentlichen Dienst noch mehr Stellen abbauen will, wird beim vpod region basel auf Granit beißen! Und er nimmt in Kauf, dass die Abfallsäcke vor den Häusern liegen bleiben, Parks und Strassen verdrecken, die Wartezeiten auf der Notfallstation ansteigen, Strompannen zum Alltag werden und vieles andere mehr! Der vpod wird sich aber auch vehement dagegen wehren, dass die bürgerliche Sparwut im Sozialbereich, bei der Bildung und der Kultur abreagiert wird. Wir fordern die Regierungen auf, diese unsäglichen Sparpakete in den Abfall zu schmeissen, weitere Steuererhöhungsforderungen abzuwehren und stattdessen den öffentlichen Dienst entschlossen zu verteidigen.

Ein zweites Projekt, das wir entschieden bekämpfen werden, ist der **Versuch des Basler Gesundheitsdirektors Carlo Conti, die kantonalen Spitäler aus der Verwaltung auszugliedern**. Bei den IWB haben wir Hand geboten für eine Ausgliederung unter der Bedingung, dass die Anstellungs- und Lohnbedingungen des Kantonspersonals beibehalten werden. Diese Toleranz gibt es im Gesundheitsbereich nicht: Die Gesundheitsversorgung ist das Herzstück des öffentlichen Dienstes, sie gehört darum in die Hand der Allgemeinheit und unter demokratische Kontrolle. Verstehen Sie mich aber nicht falsch: Der vpod ist nicht gegen nötige Strukturbereinigungen im Gesundheitsbereich. Vieles spricht für eine vermehrte regionale und überregionale Zusammenarbeit. Dafür braucht es aber keine Ausgliederung und schon gar keine Privatisierung, es braucht keine Luxusabteilungen für arabische Ölscheichs und keine Boni für Starchirurgen. Denn es ist nicht das Ziel der Gesundheitspolitik, mit Krankheiten Geld zu verdienen, sondern die Bevölkerung als Ganzes gesund zu erhalten. Der vpod hat daher in der Frage der Ausgliederung bereits Stellung bezogen und ist entschlossen, diese Stellung zusammen mit den politischen Verbündeten zu halten – zum Wohle der Bevölkerung und zum Wohle der im Gesundheitsbereich Beschäftigten.

Ein dritter Schwerpunkt unserer Aktivitäten im neuen Jahr betrifft die Berufsvorsorge: Im März steht die **Sanierung der Pensionskasse BS** an. Nach der unglücklichen Gesetzesrevision im Jahr 2008 geriet die zu knapp ausfinanzierte, magersüchtige PKBS bereits im ersten Jahr in den Strudel der Finanzkrise und muss nun gemäss Gesetz bereits wieder mit über einer Milliarde saniert werden. Der vpod sagt zähneknirschend JA zur vorgeschlagenen indirekten Sanierung, dies aber nur unter der Voraussetzung, dass die arbeitgeberseitig finanzierte Härtefallklausel wieder eingeführt wird.

Ebenfalls im März werden wir **gegen die Senkung des Umwandlungssatzes bei den Renten** antreten. Ein Jahr, nachdem der Staat den das Bankengrounding mit 60 Milliarden Franken Steuergeldern verhindern half, kann und darf es nicht sein, dass heute die Versicherten über tiefere Renten die Zeche für die von

den Banken verschuldete Finanzkrise nochmals bezahlen muss. Der vpod bekämpft die Senkung des Umwandlungssatzes, denn was heute bei den privaten Pensionskassen mit Beitragsprimat passiert, hat morgen direkte Folgen bei den öffentlich rechtlichen Kassen mit Leistungsprimat: Ihre Renten kommen unter Druck der tieferen Renten und auch der Privatisierungs- und Ausfinanzierungsdruck steigt. Der vpod sagt daher NEIN zu diesem von Bundesrat und Parlament vorgeschlagenen Rentenklau.

Mitte Jahr ist der Bericht des Baselbieter Finanzdirektors und seiner **Arbeitsgruppe „Improve“ zur Zukunft der BLPK** zu erwarten. Hier ist für uns heute schon klar: Gegen eine gerechtere Mitfinanzierung der Leistungen durch die Versicherten ist nichts einzuwenden, aber eine Abkehr vom Leistungsprimat und eine Ausfinanzierung und Abschaffung der Staatsgarantie kommt für den vpod nach den Erfahrungen im Kanton Basel-Stadt nicht mehr in Frage. Zusammen mit den anderen Personalverbänden würde er solche Massnahmen mit allen Mitteln bekämpfen.

Liebe Gäste und FreundInnen des vpod, zusammen mit dem Vorstand und unserem Sekretariatsteam freue ich mich auf ein aktives, kämpferisches Gewerkschaftsjahr 2010. Es freut mich, dass das Gespenst des „vpod Staates“ in den Chefetagen der kantonalen Regierungen sowie Wirtschafts- und Medienunternehmen weiter umgeht und dort für gesunde Unruhe und Wachsamkeit sorgt! Und wir bekennen uns gerne zum Ziel, das rotgrün regierte Basel in den nächsten Jahren noch zu einige Taten und Leistungen zu bewegen, die sich von denen einer bürgerlichen Regierung markant unterscheiden - und das bürgerlich regierte Baselbiert damit in Zugzwang zu bringen!

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend!